UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 11. Februar 1999
5/1999

Wolfgang Schäuble:

Wir haben in Hessen unsere Chance genutzt

„Präsidium und Bundesvorstand haben mit großer Freude auf den großartigen Wahlsieg der hessischen CDU mit Roland Koch an der Spitze reagiert. Wir haben Roland Koch zu einem engagierten und couragierten Wahlkampf gratuliert und ihn und alle seine Freunde dazu beglückwünscht, daß sie ihre Chance so überzeugend genutzt haben. Wir sind stolz auf diesen Sieg, den die Union in Hessen errungen hat."

Mit diesen Worten hat Wolfgang Schäuble Beratung und Aussprache im höchsten Parteigremium der CDU zum Wahlergebnis in Hessen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Generalsekretärin Angela Merkel und dem Spitzenkandidaten bei der hessischen Landtagswahl, Roland Koch, am 8. Februar im Konrad-Adenauer-Haus (KAH) wiedergegeben.

Reaktion auf das Chaos in Bonn

„Eine schallende Ohrfeige für Herrn Schröder und seine rot-grüne Regierung" hat der Parteivorsitzende den Wahlsieg der hessischen CDU genannt. „Bei allen landespolitischen Besonderheiten" – so Schäuble – habe dazu „sicherlich auch das bundespolitische Klima beigetragen": die Reaktion der Wählerinnen und Wähler in Hessen auf 100 Tage Rot-Grün in Bonn mit dem Chaos bei den 630-Mark-Verträgen, in der

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

Wahl in Hessen

Generalsekretärin Angela Merkel: Der Erfolg einer großartigen Mobilisierung unserer Wähler. Seite 5

Roland Koch: Die CDU ist Meinungsführer bei den jungen Wählern geworden. Seite 6

Herbert Reul: Dieser Wahlsieg gibt Rückenwind für NRW. Seite 8

Eine erste Analyse der Landtagswahl. Seite 9

Bilanz

Wolfgang Schäuble und Michael Glos: 100 Tage Tricksen und Täuschen. Seite 11

100 Tage Regierung Schröder: Eine schlimme Negativbilanz. Seite 12

Staatsbürgerschaft

Beckstein und Rüttgers: Rot-Grün täuscht die Öffentlichkeit. Seite 18

UiD Extra

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Landtagswahl in Hessen. Innenteil

Dokumentation

CDU – Partei der Familie. Grüner Teil

Kurz & gut

Neuanfang in NRW mit Jürgen Rüttgers

„Heute geht der Aufbruch 2000 los!" Mit diesen Worten kommentiert Jürgen Rüttgers seine Wahl zum Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU. „Ab Montag", fügt er hinzu, „steht mein Schreibtisch in Düsseldorf." Mit 353 von 641 Stimmen haben am 29. Januar in einer Kampfabstimmung gegen Helmut Linssen und Christa Thoben die Delegierten des 17. Landesparteitags im Bonner Maritim-Hotel den ehemaligen Bundesforschungsminister zum Nachfolger von Norbert Blüm bestimmt.

CDU-Werte in Potsdam steigen wieder

Die brandenburgische CDU hat mit ihrem neuen Landesvorsitzenden Jörg Schönbohm ihre Talfahrt beendet. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter 1000 Brandenburgern. Die CDU kommt danach auf 21%. Das sind drei Prozent mehr. Stärkste Partei bleibt mit 54% die SPD. Sie mußte allerdings im Vergleich mit dem Ergebnis der letzten Umfrage einen Prozentpunkt abgeben.

Trotz Rückgangs wachsam bleiben

Die Zahl fremdenfeindlicher und rechtextremistischer Gewalttaten ist im letzten Jahr zurückgegangen: fremdenfeindliche von knapp 500 in 1997 auf rund 400 in 1998, rechtsextremistische von 350 auf 280. Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfaktion: Der Rückgang zeigt, wie richtig die Offensive gegen Gewalt war, die die alte Bundesregierung begonnen hat. Er ist aber kein Grund, in der Wachsamkeit gegen Extremismus nachzulassen.

Dagmar Schipanski – eine ausgezeichnete Kandidatin

„Die Zeit ist reif für eine Frau im höchsten Staatsamt." Mit dieser Feststellung hat Bärbel Sothmann, Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der CDU/CDU-Bundestagsfraktion, die Kandidatur von Dagmar Schipanski für das Amt des Bundespräsidenten begrüßt: „Wer hier nur eine reine Zählkandidatur sehen will, nimmt die Frauen nicht ernst." Ermutigung und Vorbild für viele ist der Lebenslauf der Professorin. Sie entspreche dem Wunsch vieler Menschen in diesem Land, nicht nur Reden hören zu müssen, sondern endlich auch ein deutliches Symbol für die Einheit unseres Landes zu sehen. Sothmann: „Seit langem fordern übrigens viele Frauen und Frauengruppen eine bundesweite und parteiübergreifende Initiative *Frau statt Rau!*"

CDU
DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE
NR. 5

Wer Integration will, darf die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zum Regelfall machen.

Wolfgang Schäuble, CDU-Vorsitzender und Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Hundert Tage Schröder-Regierung

Von Modernisierung keine Rede

Allein die folgenden zwei Sätze sagen bereits alles: Seit Schröders Amtsantritt ist die Zahl der Erwerbslosen um 231.9212 gestiegen. Und: Was völlig fehlt: Ein Plan zur Modernisierung Deutschlands.

Arbeitslosenstatistik das eine – politische Bewertung im *stern* das andere. Beides verheerende Zeugnisse für eine Regierung, die mit dem immerhin zurückhaltend formulierten Anspruch angetreten ist, nicht alles anders, dafür aber vieles besser zu machen.

Ohne richtigen Bauplan

„Anders als in Großbritannien oder in den USA", schreibt *stern*-Chef Michael Maier, „gibt es in Deutschland keine Regierung, die mutig und furchtlos nach vorne blickt und eine Strategie für die nächsten Jahrzehnte entwirft." Wer sich die Riesenbaustelle *Hier baut die Bundesrepublik Deutschland* näher ansieht, zweifelt sogar daran, „daß der Architekt überhaupt einen richtigen Bauplan hat".

Herbert Hax, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Schröder fehlt das ordnungspolitische Navigationssystem. Er scheint deshalb noch nicht einmal zu wissen, wohin die Reise geht."

Die Schröder-Regierung hatte keinen *Fehlstart*, wie viele Kommentatoren bereits vor Wochen schrieben. Und auch von *Anfangsschwierigkeiten* kann nicht gesprochen werden. *Atomstreit* und *Steuerchaos*, um nur die schlimmsten Auswüchse rot-grüner Regierungstätigkeit zu nennen, sind die konsequenten Folgen von Unzulänglichkeiten und Versäumnissen, die auch schon vor der Wahl am 27. September auf der Hand lagen.

„Sozialdemokraten und Grüne hatten 16 Jahre lang Zeit", kommentiert die *taz*, „zusammen mit ihren Referenten, Apparaten, Akademien und externen Fachleuten wenigstens für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit konkrete Ziele und Pläne zu erarbeiten."

„Aber die Schubladen der neuen Mitte waren nach den Wahlen so leer wie ihre Reden zuvor hohl."

„Schon die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung" – so heißt es in dem *taz*-Kommentar weiter – „machten deutlich, daß es nicht den Schimmer einer solchen Vorarbeit gab."

Wieder der alte Sozialneid

Bundeskanzler Schröder will die Kindergeldzahlung künftig von der Höhe der Einkommen abhängig machen. Gerda Hasselfeldt, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Da tritt der alte Sozialneid der Linken wieder zutage. Kein Kind darf nur deswegen diskriminiert werden, weil es zufällig in eine wohlhabende Familie hineingeboren worden ist. Die Regierung wird sich eine neue Verfassungsklage einhandeln.

Die Kommunen belastet

Die Regierung Schröder will Eltern die Möglichkeit nehmen, Schulgeld als Sonderausgabe steuerlich abzusetzen. Die Schlechterstellung von Privatschulen belastet auch die Kommunen. Bei abnehmenden Schülerzahlen werden sie nämlich gezwungen, ihre Zuschüsse zu erhöhen, um das differenzierte Schulangebot zu erhalten, oder für zusätzlichen Schulraum zu sorgen, um bisher in Privatschulen unterrichtete Kinder aufzunehmen.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit · Konrad-Adenauer Haus · 53113 Bonn
Februar 1999

Blumen für den Sieger: Generalsekretärin Angela Merkel gratuliert Roland Koch Foto: AP

Fortsetzung von Seite 1

Energiepolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Sozialpolitik und mit den ständig neuen Meldungen vor allem über geplante Steuererhöhungen.

Wolfgang Schäuble: „Es hat sich bei dieser Wahl aber auch gezeigt, daß die Union eine starke und kampagnefähige Partei ist." Die CDU habe die Wahl gewonnen, weil es der hessischen CDU ganz offensichtlich weit besser gelungen ist als SPD und Grünen, ihre Anhänger zu mobilisieren.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Wahl in Hessen: SPD, PDS und Grüne haben im Bundesrat keine Mehrheit mehr. CDU und CSU haben in diesem Gremium zwar ebenfalls keine Mehrheit, auch CDU und FDP nicht. „Aber die Gefahr," – so Schäuble – „daß die rot-grüne Koalition der Hybris anheimfällt und glaubt, sie könne nach der Bundestagswahl am 27. September nun alles in Deutschland regeln und bestimmen – von der Besetzung der Europäischen Union bis hin zur Festlegung auf das Staatsoberhaupt – ist jetzt gebannt." ▶

Wohltuender Dämpfer

▶ Ein Ende habe auch, daß sich Rot-Grün nicht mehr um das Verfassungsrecht zu kümmern braucht, wie die verfassungswidrige Anzeigenkampagne in der vergangenen Woche gezeigt habe. Wolfgang Schäuble: „Der Dämpfer für die Regierung Schröder wird eine wohltuende Wirkung haben."

Wahlkampf und Wahlergebnis bestätigen: Die Union – die Schwesterparteien CDU und CSU – sind die große politische Kraft der Mitte. Im hessischen Wahlkampf sei es der CDU gelungen, genau das durchzusetzen, erklärte der Parteivorsitzende, „was wir alle gemeinsam nach der Bundestagswahl immer wieder gesagt haben: nämlich die große politische Kraft in Deutschland zu sein, die zur Mitte hin integriert".

Integrierende Kraft – das heißt auch: Ängste, Sorgen und Kritik, die in der Bevölkerung vorhanden sind, nicht etwa verschweigen oder tabuisieren, sondern zu Wort kommen lassen und aufnehmen, wie es die Union mit der Kampagne für Integration und gegen die doppelte Staatsbürgerschaft vorbildlich getan habe.

Das hessische Wahlergebnis beweist, was übrigens die Bevölkerung allen Meinungsumfragen zufolge sehr wohl verstanden hat: Die Aktion der CDU richtet sich nicht gegen ausländische Mitbürger. Ganz im Gegenteil: Das Ziel der CDU ist, die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger zu fördern.

Keine Stärkung rechtsradikaler Kräfte

Rot-Grün hat die Hinnahme einer regelmäßig doppelten Staatsbürgerschaft, daran müsse hier noch einmal erinnert werden, möglichst schnell und ohne öffentliche Debatte zum Gesetz machen wollen. Daß dieses provozierende Vorhaben bei der Wahl in Hessen nicht zu einer Stärkung rechtsradikaler Kräfte geführt hat, ist ebenfalls ein Verdienst des Engagements der Union.

Schon bei der nächstbesten Gelegenheit

„Die Botschaft von gestern ist: Die CDU ist wieder da. Die Frage war doch: Wie lange dauert es nach einer schweren Niederlage wie der vom 27. September, bis sich jeder wieder jeden Tag vergegenwärtigen muß: Die können auch siegreich sein. Die Antwort darauf: Es hat die kürzestmögliche Zeit gedauert. Schon bei der nächstbesten Gelegenheit haben wir gezeigt: Wir können es."

Roland Koch

Wolfgang Schäuble: „Auch das noch einmal ein Beweis für das Gelingen dessen, was wir als Volkspartei der Mitte immer beansprucht haben: zur demokratischen Mitte hin zu integrieren."

Der Bundesvorstand hat ausführlich darüber beraten, wie dieses schwierige, für den inneren Frieden, für Toleranz und Liberalität so wichtige Zukunftsthema weiter behandelt werden soll. Die Antwort war klar: Die CDU hält fest an dem Ziel, die Integration zu fördern und die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall zu verhindern.

Auch weiterhin vielfältige Initiativen der Partei

Diesem Ziel sollen auch weiterhin vielfältige Initiativen der Partei dienen, in denen Erleichterung und Förderung der Integration überzeugend zum Ausdruck kommen.

Eine zentrale Rolle haben bei der hessischen Landtagswahl nach den bisher verfügbaren Analysen die Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik gespielt. Wolfgang Schäuble: „Auch in diesem Punkt hat uns das gestrige Wahlergebnis

Generalsekretärin Angela Merkel:

Der Erfolg einer großartigen Mobilisierung unserer Wähler

„Ein sensationelles Wahlergebnis für Roland Koch und die hessische CDU insgsamt" hat Generalsekretärin Angela Merkel das Abschneiden ihrer Partei bei den Landtagswahlen in Hessen genannt.

Es bringe zum Ausdruck, daß der Start der rot-grünen Regierung in Bonn mißlungen sei, und bestätige der CDU den Erfolg einer großartigen Mobilisierung ihrer Wähler.

Angesichts des Regierungswechsels in Wiesbaden drückte die Generalsekretärin ihre Erwartung aus, daß CDU und FDP künftig in der Lage sein würden, im Bundesrat Einfluß auf zustimmungspflichtige Gesetze zu nehmen.

Die Schröder-Regierung habe die Quittung für eine miserable 100 Tage-Bilanz erhalten.

Vielfalt und Balance

Angela Merkel: „Dieser Sieg gibt uns großen Auftrieb für die kommenden Wahlkämpfe in diesem Jahr. Bremen wird die nächste Station sein. Die Wähler machen allen deutlich: Demokratie besteht aus Vielfalt und Balance."

ermutigt, unsere Position unverändert, klar und als Alternative zur Politik der Schröder-Regierung zu vertreten, die die Ausgaben im Bundeshaushalt in die Höhe treibt und statt Steuersenkungen neue Steuerbelastungen plant."

Die CDU werde selbstverständlich auch dabei bleiben, was bereits auf dem Bundesparteitag in Bonn verabredet worden ist: nämlich der großen Bedeutung der Bildungspolitik sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene durch Beratungen in den Gremien und durch Initiativen in den Gesetzgebungskörperschaften gerecht zu werden.

Alles in allem, so resümiert der Parteivorsitzende, sei das erfreuliche Wahlergebnis der ersten Landtagswahl im neuen Jahr nicht nur für die CDU ein großer Erfolg, sondern auch für das Land Hessen, dem eine neue Chance eröffnet worden ist: für eine bessere Regierung mit einem Ministerpräsidenten Roland Koch.

Deutlich gewonnen

Sensation in Hessen: Die CDU hat die Landtagswahl deutlich gewonnen. Beim ersten Test nach der Bundestagswahl hat das rot-grüne Bündnis schlechte Noten erhalten. Wer hätte das gedacht nach den Umfrageergebnissen der letzten Monate, der letzten Wochen? Der Vorsprung des rot-grünen Bündnisses in Hessen soll Anfang Dezember 13 Prozentpunkte betragen haben, und der schien im Januar noch so stabil, daß Ministerpräsident Eichel im Brustton der Überzeugung verhieß: „Wir wollen mit deutlichem Abstand die Nummer eins werden." Daraus ist nichts geworden. Dagegen haben die Wähler der CDU recht gegeben, die auf den „Beginn eines Wiederaufstiegs" nach der verheerenden Niederlage bei der Bundestagswahl hoffte. Vor allem bei jungen Wählern hat sie gut abgeschnitten. Sie schöpft daher Mut für die nächsten Kraftproben dieses Jahres.

Frankfurter Allgemeine

Roland Koch auf einer Pressekonferenz im KAH:

Die CDU ist Meinungsführer bei den jungen Wählern geworden

Dem Präsidium und dem Bundesvorstand habe ich heute morgen sicher freudige Nachricht zu bringen gehabt. Ich verhehle auch nicht: Es war für uns in Hessen und auch für mich persönlich gestern abend eine sehr freudige Zeit.

Wer vor fünf oder sechs Wochen die Demoskopie las, brachte uns höfliches Mitleid entgegen – begleitet von dem Gedanken: Naja, die müssen jetzt wohl antreten, weil gerade Wahl ist; aber viel zu holen ist dabei nicht. Ich habe sehr viele Interviews gegeben, um zu erklären, warum Demoskopien nicht alles auf der Welt sind. Deshalb jetzt auch ein bißchen Stolz in der hessischen CDU darüber, daß es uns gelungen ist, am Ende dieses Wahlergebnis zu erzielen.

Das Wahlergebnis hat sicher seine bundespolitische Komponente. Die ersten 100 Tage Fehlstart der neuen Regierung in Bonn sind mit der ersten politischen Niederlage von Gerhard Schröder bei einer Wahl beendet worden. Das zeigt: Die Bürgerinnen und Bürger haben offensichtlich ein ähnliches Urteil über die Arbeit der Schröder-Regierung wie viele derjenigen, die sie in den letzten Wochen kommentiert haben.

Es gibt natürlich auch die hessische Komponente. Wir sind das Land mit der längsten Zeit einer rot-grünen Regierung in der Bundesrepublik, und wir sind das erste Land, in dem diese rot-grüne Zeit auch wieder beendet worden ist.

Wenn man nach den wesentlichen Gründen des Wahlergebnisses fragt, dann ist sicherlich zu sagen: Es ist der Union, und zwar gemeinsam der Union auf Bundesebene und der hessischen Union gelungen, in diesem Landtagswahlkampf – sowohl in dessen bundes- als auch landespolitischen Teil – die Themenführerschaft zu übernehmen.

Die Sozialdemokraten sind nach dem Motto verfahren: „Allen wohl und niemand weh." Hans Eichel hatte die schönsten Bilder. Und: Laßt uns über möglichst abstrakte Sachen reden. Die SPD wollte einen Selbstverständlichkeits-Wahlkampf führen. Und dem entsprach auch überwiegend die Stimmung, die wir im Dezember vorfanden.

Aber unsere Konkurrenten haben nicht damit gerechnet, daß wir auf sehr präzise Fragen sehr präzise Antworten geben würden, die die Bürger überzeugen.

Wir haben nicht nur von der besseren Mobilisierung profitiert, sondern auch von einem großen Stück eigener Überzeugungsarbeit.

Das gilt für die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft. Das gilt aber auch für das landespolitische Thema Bildung. Es ist uns insbesondere gelungen, das Thema Bildungspolitik nach den Themen Wirtschaft und Arbeit zum wichtigsten Thema der landespolitischen Auseinandersetzung zu machen.

Das ist nicht die Regel in den Bundesländern. Das ist eher ein hessisches Phänomen. Die uns heute bekannten Analysen zeigen: Wir sind aus einem deutlichen Rückstand in der Kompetenz zu einem

Vorsprung bei diesem wichtigen Thema im Wahlkampf gekommen.

Ich sage das auch deshalb so ausdrücklich, weil es zeigt: Es war keineswegs ein Wahlkampf mit nur einem Thema. Sehr unterschiedliche Fragestellungen haben den hessischen Wahlkampf bestimmt. Und was besonders wichtig dabei war: Wir haben die Fragen gestellt, und unsere Antworten waren es deshalb auch, die den Wahlkampf wesentlich geprägt haben.

Daß wir es geschafft haben, die Themen Ja zur Integration – Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft und Unterrichtsgarantie als Antwort auf Hunderttausende von ausfallenden Unterrichtsstunden in den hessischen Schulen zu beherrschen, hat dazu geführt, daß die Anhängerschaft der Union sehr viel stärker mobilisiert war als die der anderen Parteien.

Dieser Mobilisierungsvorsprung hat bei einer etwas höheren – und nicht etwa niedrigeren – Wahlbeteiligung unseren Wahlerfolg ausgemacht.

Das zeigt auch: Wir haben nicht nur von der besseren Mobilisierung unserer Wähler profitiert, sondern auch von einem großen Stück eigener Überzeugungsarbeit.

Ich bin im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis auf zwei Dinge besonders stolz.

Das eine: Wir sind mit den über 43 Prozent der Stimmen wieder mitten in die 40 Prozent hineingewählt worden. Und wir zeigen mit dem Wahlergebnis, daß eine andere Partei mit nur 2.000 oder 3.000 Stimmen über der 5-Prozent-Marke als Koalitionspartner zur Bildung einer Mehrheit ausreicht. Das ist die Position, die ich mir für die Volkspartei CDU wünsche: daß wir nämlich nur auf einen potentiellen Koalitionspartner zur Mehrheitsbildung angewiesen sind und selber um nicht viel mehr als um 5 Prozent von der Mehrheit entfernt sind.

Das hat man uns in der letzten Zeit nicht mehr so richtig zugetraut. Daß uns das ausgerechnet in einem Land mit gleich großen Potentialen von SPD und CDU gelungen ist, scheint mir sehr wichtig.

Das zweite: Diese Wahl zeigt: Wir haben eine große Unterstützung unter den jungen Wählern gefunden. Die CDU hat ihr Wahlergebnis auch dadurch errungen, daß sie der eindeutige Meinungsführer bei den jungen Wählern ist.

Das freut mich als einen der Vertreter der jungen Generation in der CDU natürlich ganz besonders. Wenn wir aber auf Dauer die Verantwortung übernehmen wollen, müssen wir auch die nächste Generation der Wähler zur CDU bringen. Das ist die Frage der potentiellen Mehrheitsfähigkeit der Union auch in den nächsten Jahren.

Mit Genugtuung stelle ich fest: Die Grünen haben erleben müssen, daß sie eine alternde Partei werden. Ihre Zustimmung geht, je jünger die Wähler sind, zurück. Diejenigen, die sich mit 18 bis 25 vor 15 Jahren einmal entschieden haben, Grüne zu wählen, bleiben offensichtlich bei ihrer Wahl. Aber der Wählernachwuchs fehlt den Grünen. Wir dagegen sind inzwischen bei jungen Wählern viel attraktiver als Grüne und Sozialdemokraten. Das ist wirklich keine selbstverständliche Botschaft, und wir sind stolz darauf.

Zuletzt: CDU und FDP haben 56 Sitzen im hessischen Landtag, die Opposition hat 54. Das ist das knappste Ergebnis, das man sich vorstellen kann. Aber wir sind in Hessen so etwas gewohnt. Wir haben mit der FDP von 1987 bis 1991 mit einer solchen Mehrheit regiert. Rot-Grün hat mit der gleichen Mehrheit von 1991 bis 1995 regiert. Wir sind also geübt und werden damit umgehen können.

Ich habe der Kollegin Ruth Wagner, der Vorsitzenden der FDP, noch heute Nacht das Angebot zu förmlichen Verhandlungen gemacht. Wir reden in diesen Stunden darüber, wann wir damit beginnen. Die Ver-

Der Wahlsieg in Hessen gibt Rückenwind für NRW

Zum Ausgang der Landtagswahl in Hessen erklärte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul:

Der Wahlsieg der Union in Hessen gibt einen kräftigen Rückenwind für die CDU in NRW. Hessen zeigt erneut: Es gibt keine festen Wählerblöcke oder Lager. Die Wählerinnen und Wähler sind viel flexibler geworden und entscheiden auch kurzfristig, wem sie ihre Stimme geben und ob sie überhaupt zur Wahl gehen. Man kann Wählerinnen und Wähler nur dann mobilisieren, wenn sie das Gefühl haben, mit ihren Fragen und Problemen von den Politikern und Parteien ernst genommen zu werden.

Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts war ein großes Thema in Hessen. Deshalb ist der Wahlsieg der CDU auch ein persönlicher Erfolg von Jürgen Rüttgers. Mit dem von ihm formulierten Integrationskonzept war er ein Wegbereiter des hervorragenden CDU-Resultates. Es ist gelungen, die Menschen von unserem Ansatz zu überzeugen. Dreiviertel der Bevölkerung in Hessen sagen Ja zu verbesserter Integration und Zweidrittel der Menschen Nein zur generellen doppelten Staatsbürgerschaft.

Für uns in NRW gilt jetzt, die Aufbruchstimmung, die von unserem Landesparteitag und dem hessischen Wahlergebnis ausgeht, zu nutzen.

fassung des Landes Hessen räumt uns dabei eine relativ lange Zeit ein. Frühestens am 7. April können wir den hessischen Landtag konstituieren. In dieser Zeit werden wir die Verhandlungen in Ruhe und Gelassenheit zu einem guten Ende bringen. Das Maß an Übereinstimmung ist groß. Es wird aber auch ein paar Punkte geben, über die man sich streitet. Wir sind unterschiedliche Parteien. Ich bin aber sicher, daß die sachliche und persönliche Basis trägt.

Kein Zweifel: Der Bildungspolitik wird, wie sie den Wahlkampf beherrscht hat, auch die ersten Aktivitäten der neuen Landesregierung beherrschen. Diese neue Regierung, die am 7. April gewählt werden kann, verändert aber auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Wir wollen damit nicht arrogant umgehen, aber wir wollen die Arroganz anderer beenden. Wir wollen sicherstellen, daß Rot-Grün und Kommunisten in Deutschland nicht glauben: wenn sie zusammensitzen, ist das Deutschland.

Wir wollen wieder dahin zurück, daß alle wissen: Diese Republik ist nur regierbar, wenn über die politischen Lager hinweg der föderale Wettstreit stattfindet. Das gilt für das Gesetz über die doppelte Staatsbürgerschaft genauso wie für den Finanzausgleich und für die Steuerfragen.

Ich hoffe, daß die Meinung des Herrn Lafontaine, er könne mit den 12 sozialdemokratischen Finanzministern die Politik absprechen und den Finanzministern von CDU und CSU anschließend einen Brief schreiben, als Episode in die Geschichte eingeht. Wir wollen zu einer vernünftigen Normalität zurückkehren. Wenn uns das gelingt, dann hätte das hessische Wahlergebnis auch für ganz Deutschland seine Wirkung, nämlich mehr Vernunft in die Politik zu bringen und den Ausgleich von Interessen besser zu ermöglichen. ■

Eine erste Analyse

Die CDU hat in Hessen das beste Landtagswahlergebnis seit 1982 erreicht. Im Vergleich zum Bundestagswahlergebnis 1998 hat die CDU um 8,7 % zugelegt. Nur in Sachsen verfügt die CDU derzeit über ein besseres Landtagswahlergebnis.

Die wichtigsten Probleme der Wähler in Hessen waren nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen die Arbeitslosigkeit (54 %) vor der Schulpolitik (25 %) und dem Ausländerthema (19 %). An vierter Stelle lag die Umwelt. Beim Thema Ausländer wurde der CDU mit 33 % die höhere Problemlösungskompetenz zugesprochen (SPD: 28 %).

Infratest dimap ermittelte als wahlentscheidende Themen: Wirtschaft (43%), Ausländer (36 %), Arbeitslosigkeit (28%), Schule (18 %), Kriminalität (17 %) und Umwelt (17 %).

Die CDU hatte im Wahlkampf die landes- und bundespolitische Meinungsführerschaft.

Entschieden wurde die Wahl letztlich durch die Themen doppelte Staatsbürgerschaft und schlechte 100-Tage-Bilanz der Schröder-Regierung. Inhaltlich ausschlaggebend ist aber das zweite Thema gewesen, vor allem weil sich 11 % der Wähler erst in den letzten Tagen entschieden haben. Die ersten Analysen angesichts des knappen Wahlausgangs geben der verheerenden **Startbilanz der Schröder-Regierung die zentrale Verantwortung für den Machtverlust der SPD in Hessen**.

Die rot-grüne Bundesregierung hat den ersten Stimmungstest nach der Bundestagswahl verloren. Die Hessen haben sich mit ihrer Wahlentscheidung auch für die Wiederherstellung eines politischen Gleichgewichts ausgesprochen.

Rot-Grün hat jetzt im Bundesrat keine eigenständige Mehrheit mehr. Bei zustimmungspflichtigen Gesetzen ist die Bundesregierung daher künftig zu Kompromißlösungen gezwungen.

Die Parteien im einzelnen

Die CDU hat **45,3 % der Erststimmen** errungen. Sie hat **34 von 55 Direktmandaten** gewonnen und sich damit um 5 Direktmandate verbessert.

Die **Zugewinne der CDU kommen von allen anderen demokratischen Parteien**. Von den insgesamt dazugewonnenen 130.000 Stimmen kamen 31.000 von der SPD, 20.000 von Bündnis90/Die Grünen, 54.000 von der FDP.

Die Behauptung, die CDU bewege sich mit ihrer Unterschriftenaktion nach rechts, ist eindeutig widerlegt. Auch das aufgebaute Negativ-Szenario eines massiven Zulaufs für die Rechtsradikalen durch die Unterschriftenaktion der CDU hat sich als falsch erwiesen. Die CDU hat lediglich 3.000 Stimmen an die Republikaner abgegeben, die SPD dagegen 11.000.

Die generelle doppelte Staatsbürgerschaft wird also von 74 % der hessischen Wähler abgelehnt.

Die CDU ist mit 43 % **bei den Erstwählern stärker als SPD** (31 %) **und Bündnis90/Die Grünen** (9 %) **zusammen.**

Am stärksten ist die CDU bei den über 60-jährigen mit 51 % (SPD 39 %). **Die CDU ist in fast allen größeren Städten stärkste Kraft geworden:** Frankfurt, Wiesbaden, Gießen, Fulda, Marburg, und Offenbach.

In Frankfurt erzielten die CDU 42 %, die SPD 33 %, Bündnis90/Die Grünen 14,6 % und die FDP 6 %. Die CDU hat in Frankfurt 5 von 6 Direktmandaten gewonnen.

Roland Koch hat seinen Wahlkreis Main-Taunus I mit **55,9 Prozent** der Erststim-

Starke Wählerwanderung trägt zum Sieg der CDU bei

Das Infas-Institut für angewandte Sozialwissenschaft hat Ergebnisse einer Wählerwanderungs-Analyse für die hessische Landtagswahl vorgestellt. Der Sieg der CDU basiere im wesentlichen auf zwei Wählerströmen, teilte das Institut mit.

Die CDU habe 70.600 Stimmen von Wählern erhalten, die bei der Landtagswahl 1995 nicht zur Wahl gegangen seien. Das entspricht 1,65 Prozent der Wahlberechtigten. Ferner hätten sich 47.800 FDP-Wähler der Landtagswahl 1995 jetzt für die CDU entschieden. Das sind 1,12 Prozent der Wahlberechtigten. Diese beiden Wählerbewegungen erklärten 98 Prozent der Zuwächse für die CDU.

Ferner erläuterte das Institut, daß die CDU 3.000 frühere SPD-Wähler für sich habe gewinnen können. Trotz der Wählerwanderung könne es als gesichert gelten, daß der Sieg der CDU „in erster Instanz auf einer hervorragenden Mobilisierung des eigenen Wählerpotentials" beruhe. Ihr Wahlsieg mit einem „satten" Vorspung vor der Konkurrenz sei das „markanteste" Ergebnis dieser Wahl. Die CDU verzeichne einen Zuwachs von 130.740 Stimmen gegenüber dem Ergebnis von 1995.

Nach Angaben von Infas ist es der SPD nicht gelungen, ihr Wählerpotential zu mobilisieren. 13.400 SPD-Wähler blieben bei dieser Wahl zu Hause. Die Zuwächse der SPD von 1,4 Prozentpunkten beruhten auf einem Wählerstrom aus dem Lager der Grünen. 62.300 Wähler beträgt das Plus für die SPD aus dieser Quelle.

men und einem überdurchschnittlichen **Zuwachs von 6,4 Prozent** gewonnen.

Die SPD hat ihre Wahlziele, stärkste Partei in Hessen zu werden und die rot-grüne Koalition fortzusetzen, verfehlt. Sie erreichte trotz leichtem Stimmenzuwachs nur das zweitschlechteste Wahlergebnis seit 1946.

Die SPD hat **deutliche Zugewinne von Bündnis90/Die Grünen** (72.000 Stimmen) zu verzeichnen und konnte 19.000 bisherige Nichtwähler für sich gewinnen.

Bündnis90/Die Grünen: Wesentlich für den Wahlausgang war nach Einschätzung der Forschungsgruppe Wahlen eine **Änderung in der Zustimmung der Bevölkerung für die Grünen**. Auf einer Skala von plus fünf bis minus fünf erreichten die Grünen nur noch einen Wert von -0,6. 1995 lagen sie noch bei +0,5. Mit den dramatischen Verlusten in Hessen hat sich die seit 1997 andauernde **Serie von Niederlagen der Grünen** fortgesetzt.

Die Grünen haben bei den jüngeren Menschen viele Wähler verloren. Von den unter 30jährigen haben nur noch zehn Prozent die Grünen gewählt. Bei den 30 - 40jährigen waren es 13 Prozent.

Auch die FDP setzte mit deutlichen Verlusten in Hessen eine Negativserie fort. Im Vergleich zur Landtagswahl 1995 und der Bundestagswahl 1998 mußte die FDP in einem traditionell starkem Land schwere Verluste hinnehmen. Dennoch erzielte sie ihr bundesweit viertbestes Ergebnis. Nur in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein liegt sie besser. ■

100 Tage Tricksen und Täuschen

Noch nie hat eine neue Regierung in so kurzer Zeit soviel Kredit verspielt

Zur Bilanz der bisherigen Regierungspolitik erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos:

Noch nie hat eine neue Regierung selbst bei ihren Freunden in so kurzer Zeit soviel Kredit verspielt. Den teilweise vernichtenden Überschriften, Berichten und Kommentaren dieser Tage bräuchte die Opposition sich eigentlich nur anzuschließen. Doch Häme und Spott über das Panoptikum an Fehlleistungen sind nur das eine, die Sorge über eine falsche Politik, die dem Land Schaden zufügt, ist das andere und wichtigere.

Das unbeschreibliche Chaos in der Steuer- und Finanzpolitik, die Realsatire um die 630-Mark-Verträge, das Durcheinander in der Energiepolitik, ständiges Gerede über neue Einnahmequellen, um die selbstverschuldeten Löcher im Haushalt zu stopfen, das alles hat zu massiver Verunsicherung in der Wirtschaft, insbesondere im Mittelstand geführt. Geplante Investitionen werden in großem Umfang zurückgestellt, weil niemand weiß, mit welchen Rahmenbedingungen zu rechnen ist. Es drohen sogar immer weitere Kostenbelastungen. Die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind absehbar. Alle seriösen Prognosen gehen bereits jetzt von Stagnation, wenn nicht sogar einem erneuten Anstieg bei der Zahl der Arbeitslosen aus.

Sozialneid-Parolen

Bundeskanzler Schröder spricht davon, es müßten endlich strukturelle Reformen durchgeführt werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Doch ausgerechnet die Reformschritte, die diesem Ziel dienten und nach dem Urteil aller Fachleute dringend erforderlich waren, hat die rot-grüne Koalition als erstes wieder zurückgenommen. Schröder täuscht die Menschen, wenn er vorgibt, es gebe einen bequemen Reformweg, der niemandem wehtut. Sozialneidparolen, mit den „Reichen" als wiederbelebtem Feindbild (wie modern!), und eine Politik, deren einzig erkennbarer Bauplan die tumbe Umverteilung von einer Tasche in die andere ist, beweisen, daß diese Regierung selbst strukturell reformunfähig ist.

Arrogant und rücksichtslos

Durch arrogantes und rücksichtsloses Reden und Auftreten haben Schröder, Lafontaine, Trittin und Fischer Mißtrauen unserer Freunde und Partner in die Zuverlässigkeit der Deutschen geweckt. Das schwächt die deutsche Position ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Regierung Schröder die Ratspräsidentschaft in der EU innehat und mit der Agenda 2000 eines der schwierigsten europäischen Reformvorhaben auf der Tagesordnung steht.

Die unterhaltsame Inszenierung einer Leerformel

Keine durchdachten Konzepte, Hektik und Hast bei der täglichen Verkündigung des neuesten Vorschlags samt umgehender Rücknahme desselben, Ziellosigkeit wegen mangelnder inhaltlicher Substanz, die Abdankung politischer Führung zugunsten allgemeiner Bündnisse und unscharfer Konsensgespräche – das ist die Regierung Schröder, die unterhaltsame öffentliche Inszenierung einer Leerformel.

Schröder hat eine Politik für die Zukunft versprochen. Tatsächlich führt der eingeschlagene Weg zurück und bergab. Die ersten 100 Tage Rot-Grün waren 100 Tage Murks. ■

100 Tage Regierung Schröder

Eine schlimme Negativbilanz

Die Versprechungen der Regierung Schröder...

Am Beginn standen viele große Worte und Absichtserklärungen. Ein „rasches und entschlossenes Anpacken von Reformen" hat Schröder angekündigt. Und Reformen, so hat er in seiner Regierungserklärung ausdrücklich betont, seien für ihn nicht irgendwelche Maßnahmen. Reformen seien große Programme, die die Lebensverhältnisse der Menschen auch wirklich verbesserten. Was wurde da nicht alles versprochen:

● Der Einstieg in eine große Steuerreform noch Anfang 1999, in deren Mittelpunkt die Entlastung der aktiv Beschäftigten und der kleinen und mittleren Unternehmer stehen sollte, auf daß deren Investitionskraft gestärkt und ein Anreiz für mehr Beschäftigung gegeben werde.

● Eine ökologische Steuer- und Abgabenreform, mit der die Lohnnebenkosten gesenkt und neue Arbeitsplätze im Bereich von Zukunftstechnologien geschaffen werden sollten.

● Die Neuordnung der 630-Mark-Jobs, um den Mißbrauch geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse bekämpfen zu können.

● Solide Staatsfinanzen – alles, was Geld koste, müsse unter einen strikten Finanzierungsvorbehalt gestellt werden.

● Ein Energiekonsens, der gemeinsam mit Energiewirtschaft, Umweltverbänden und Ländern die Weichen stellen soll für eine sichere, umweltverträgliche und preiswerte Energieversorgung. Unumkehrbarkeit des Ausstiegs aus der Kernenergie innerhalb der ersten 100 Tage.

● Eine „entschiedene Politik der Integration" der dauerhaft bei uns lebenden Ausländer in unserer Gesellschaft.

Das Vorantreiben des europäischen Einigungsprozesses mit neuen Initiativen; neue Impulse für die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union; Abschluß der Verhandlungen zur „Agenda 2000" einschließlich Neuregelung der EU-Finanzen im Frühjahr 1999.

... und was daraus nach 100 Tagen geworden ist

Vor der Wahl hieß es, es werde nicht alles anders, aber vieles besser werden. Jetzt erleben wir, daß weniges anders, aber nichts besser wird. Statt dessen gibt es bereits entscheidende Verschlechterungen: Rückgang des Wachstums, massive Verunsicherung bei Investoren, schlechtere Aussichten am Arbeitsmarkt, eine Verschlechterung der finanzpolitischen Situation.

100 Tage Regierung Schröder: Politik nach Art des Hamsters im Laufrad – man ist ständig in Bewegung, aber nichts kommt voran. Mitte Dezember hat die neue Bundesregierung erklärt, jetzt seien die Anfangsschwierigkeiten endgültig überwunden, jetzt werde seriös regiert. Stattdessen weiter Pleiten, Murks und Pannen. Im Deutschen Bundestag fallen ganze Plenartage aus, weil die Bundesregierung ihre fehlgeschlagenen Gesetzgebungsvorhaben wieder von der Tagesordnung holen muß. Wohin man blickt, ob beim Bündnis für Arbeit, in der Steuerpolitik, in der Energiepolitik: nach 100 Tagen sind alle Ansätze hoffnungslos ins Stocken geraten.

Mit immer neuen Formulierungen sucht Schröder zu verschleiern, daß er längst dabei ist, Wahlversprechen zu kassieren und Ankündigungen zurückzunehmen. Die Realität hat die Akündigungspolitiker der rot-grünen Koalition eingeholt. Von konzeptioneller, durchdachter Politik ist nichts zu entdecken.

▶ **Beispiel Rentenversicherung:** Die Anpassung der Renten an die gestiegene Lebenserwartung wird ausgesetzt, die versprochene Absenkung der Beiträge wird verschoben, tragfähiges Rentenkonzept – **Fehlanzeige**.

▶ **Beispiel Gesundheitspolitik:** Beitragsenkende Maßnahmen werden zurückgenommen, die Zwangsbewirtschaftung über Globalbudgets wird wieder eingeführt, tragfähiges Gesundheitskonzept – **Fehlanzeige**.

▶ **Beispiel Energiepolitik:** Der Ausstieg aus der Kernenergie wird für unumkehrbar erklärt, für Ersatz sorgt die heimische Kohle und das benachbarte Ausland, tragfähiges Energiekonzept – **Fehlanzeige**.

Es liegt nicht allein an der Mannschaft – schließlich kocht der Chef. Die wichtigsten Aufgaben hat Schröder an sich gezogen: Bündnis für Arbeit, Steuerreform, Energiekonsens, 630-Mark-Jobs, Aufbau Ost, EU-Präsidentschaft – alles „Chefsache". Niemand anders als Schröder selbst hat das entstandene Chaos und den sich abzeichnenden Betrug am Wähler zu verantworten:

● Statt Steuersenkung für alle: Enteignung der „neuen Mitte"

Der Wahlkampf ist vorbei, aus der „neuen Mitte" werden wieder die alten „Besserverdienenden". Sie vor allem sollen die rot-grünen Abenteuer bezahlen. Statt Steuerentlastungen – die auch für alle übrigen Bevölkerungsgruppen mickrig genug ausfallen – setzt es Steuererhöhungen. Am ärgsten trifft es den Mittelstand – 15 Mrd. DM netto mehr im Jahr. Da helfen alle Ablenkungsmanöver nichts, was Schröder betreibt, das ist die schrittweise Enteignung der „neuen Mitte". Die Steuerreformvorstellungen der rot-grünen Koalition sind in umfangreichen Expertenanhörungen völlig verrissen worden. Daraus kann es nur eine Konsequenz geben: einstampfen und neu anfangen!

● Höhere Energiesteuer trifft sozial Schwache und vernichtet Arbeitsplätze

Die sog. Ökosteuer der Regierung Schröder ist ein reines Abkassiermodell ohne jeden Umwelteffekt. Zugleich wird die mehr als bescheidene Abgabensenkung durch Mehrausgaben in der Sozialversicherung bereits wieder verfrühstückt. Was bleibt, sind höhere Ausgaben für Strom, Gas, Heizung und Benzin. Das belastet unsere Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze. Das trifft massiv Rentner, sozial Schwache, Familien mit Kindern, die sich gegen steigende Strom- und Heizungspreise, gegen steigende kommunale Abgaben nicht wehren können. Selten hat ein Gesetzesvorhaben den vollmundig erklärten Zweck so eindeutig verfehlt!

● Wachstum stagniert, Abbau der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen

100 Tage Regierung Schröder haben gereicht, um die Wirtschaft tief zu verunsichern. Geplante Investitionen werden zurückgestellt oder ins Ausland verlagert, neue Arbeitsplätze werden nicht geschaffen. Das Wachstum schrumpft, für 1999 erwarten Experten allenfalls einen Zuwachs von 1,4 Prozent. Selbst die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr nur noch mit einem Beschäftigungsgewinn von gerade einmal 100.000 Arbeitsplätzen – ausschließlich in den alten Ländern. Schröder

hat in seiner Regierungserklärung gesagt, er werde sich an seinen Beiträgen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen. Wohlan – wo sind seine Beiträge?

● 630-Mark-Jobs: Reformpleite ohne Ende

Was die Regierung Schröder bei der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse angerichtet hat, ist rational nicht mehr nachvollziehbar. Alle zwei Wochen ein neues Modell und eines so indiskutabel wie das andere. Statt Steuern Sozialabgaben des Arbeitgebers – das ist bestenfalls ein Nullsummenspiel und keine Neuregelung, mit der man Mißbrauch bekämpft und zusätzliche Beschäftigung fördert. Schlechtestenfalls müssen Rentner, alleinstehende Frauen, Studenten, die auf die Mini-Jobs angewiesen sind, jetzt zusätzlich Steuern zahlen. Wer ein Sparbuch besitzt, Rente bekommt, Unterhaltsleistungen bezieht, zahlt die 630-Mark-Steuer der SPD. Die Arztgattin ohne sonstiges Einkommen bleibt steuerfrei, die Alleinstehende, die Unterhalt bezieht, wird steuerpflichtig – das ist Schröders neue sozial gerechte Politik!

● Haushalt 1999: Abschied von solider Finanzpolitik

Von angeblichen Erblasten ihrer Vorgängerregierung spricht die Regierung Schröder seit geraumer Zeit nicht mehr. Das hat damit zu tun, daß sie die Privatisierungserlöse Theo Waigels dankbar benutzt, um die Haushaltslöcher zu stopfen, die sie mit einer unverantwortlichen Ausgabenpolitik in kürzester Zeit selbst aufgerissen hat. Trotzdem werden die Ausgaben des Bundes allein 1999 um satte 6,8 Prozent steigen, die höchste Steigerungsrate seit Jahrzehnten, dreimal soviel, wie der Finanzplanungsrat vorgegeben hat. Ein eindrucksvoller Beweis, wie es um die Solidität dieser Bundesregierung bestellt ist!

Für die Folgejahre läßt das nichts Gutes erwarten, zumal zusätzlich die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Besserstellung der Familien finanziert werden müssen. Deshalb sind weitere erhebliche Steuererhöhungen längst beschlossene Sache: Da die rot-grüne Regierung zum Sparen unfähig ist und andere Möglichkeiten einer Gegenfinanzierung ausscheiden, wird Schröder am 1. Januar 2000 die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöhen.

● Energiepolitik der organisierten Verantwortungslosigkeit

Der Versuch der Regierung Schröder, den nationalen Ausstieg aus der Kernenergie zu organisieren, ist undurchdacht und undurchführbar, von welcher Seite man es auch betrachtet, und nur mit ideologischer Verranntheit erklärbar. Über ein Drittel unseres Energiebedarfs wird durch Kernenergie gedeckt, 160 Mrd. kWh im Jahr. Ein derartiger Anteil kann weder durch Einsparung noch durch Alternativenergien ersetzt werden. Statt dessen müßte die Verfeuerung von Kohle, Öl und Gas drastisch erhöht werden. Für die Umwelt wäre damit nichts gewonnen, denn allein die CO_2-Emissionen würden um 40 % steigen. Für die Sicherheit wäre nichts gewonnen, wenn ausgerechnet die sichersten Atomanlagen der Welt abgeschaltet würden, die unsicheren um uns herum aber in Betrieb bleiben. Für die Arbeitsplätze wäre erst Recht nichts gewonnen, 40.000 in den Kraftwerksunternehmen wären direkt betroffen, weitere Zigtausende wären durch die höhere Kostenbelastung energieintensiver Betriebe akut gefährdet.

Von sachlicher und nüchterner Abwägung der Fakten und Konsequenzen kann keine Rede sein. Der Umweltminister läuft mit ideologischen Scheuklappen im In- und Ausland Amok gegen die Atomenergie. Der Bundeskanzler verschiebt den Ausstieg auf irgendwann. Und der für die Energie-

politik zuständige Wirtschaftsminister erklärt umgehend, er halte es für durchaus denkbar, daß Deutschland in absehbarer Zeit doch wieder in die Kernkraft einsteigen muß. Das ist genau die Politik der substanzlosen Beliebigkeit, die schon Schröders Markenzeichen in Niedersachsen war.

● Ausländerpolitik der Regierung Schröder gefährdet den inneren Frieden

Die Pläne der Regierung Schröder zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts spalten unser Volk. Wem die Integration der rechtmäßig und dauerhaft bei uns lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft wirklich ein Anliegen ist, der muß mehr tun, als ihnen lediglich einen deutschen Paß aushändigen. Integration setzt aktives Bemühen um Eingliederung voraus, Erwerb der deutschen Sprache ebenso wie Anpassung an Lebensumstände und Wohnumfeld. Die generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit, wie sie Schröder plant, beseitigt den notwendigen Anreiz zur Eingliederung. Es fehlt die Notwendigkeit, sich bewußt zur deutschen Staatsangehörigkeit zu bekennen – mit allen Rechten und Pflichten. Die überwiegende Mehrheit unserer Bürger lehnt daher die doppelte Staatsangehörigkeit ab. Der Weg, den die Regierung Schröder in der Ausländerpolitik eingeschlagen hat, ist falsch und er ist gefährlich. Er belastet das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, und er leistet dem ausländerfeindlichen Rechtsradikalismus Vorschub.

● Europa- und Außenpolitik: Porzellan zerschlagen, Ansehen gefährdet

In der Europa- und Außenpolitik ist es der Regierung Schröder in kürzester Zeit gelungen, das Vertrauen unserer Partner in unsere Verläßlichkeit nachhaltig zu beschädigen. Das Ansehen, das sich Deutschland unter Bundeskanzler Helmut Kohl in Europa, im Atlantischen Bündnis, in der ganzen Welt erworben hat, wird mutwillig aufs Spiel gesetzt – mit offener Kritik des Außenministers an der Nuklearstrategie der NATO, mit Angriffen des Finanzministers auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, mit rüden Ausfällen des Umweltministers gegen unsere europäischen Partner in der Atompolitik, mit der Art, in der Schröder glaubt, Kritik an der Nettozahlerposition Deutschlands üben zu müssen. Die Regierung Schröder hat keine Gelegenheit ausgelassen, längst überwunden geglaubte Sorgen und Ressentiments bei unseren Nachbarn wiederzubeleben. Polen und Tschechen fragen heute offen, ob wir Deutschen ihnen auf ihrem Weg nach Europa noch verläßliche Partner sind. Und daß sich der britische Premierminister und der französische Staatspräsident an der Atlantikküste treffen, um über europäische Sicherheitspolitik zu reden, ohne daß die deutsche Bundesregierung auch nur informiert ist, das wäre Helmut Kohl nicht passiert. Auf die Erfolgschancen der deutschen Ratspräsidentschaft wirft das ein mehr als ungünstiges Licht.

Wer sagt, daß es besser wird?

100 Tage Regierung Schröder – nur Anfangsschwierigkeiten, ein schlechter Start? Kommt jetzt der bessere Teil?

Das ist nicht zu erwarten. Denn es handelt sich nicht in erster Linie um handwerkliche Fehler, die ganze Richtung stimmt nicht. Das hat mit der falschen Grundphilosophie rot-grüner Politik zu tun, die lieber auf Umverteilung und zentralistische Reglementierung setzt als auf Stärkung der Eigenverantwortung und Deregulierung. Das unvermeidliche Ergebnis heißt mehr Staat, mehr Bürokratie, damit auch mehr Steuern, mehr Abgaben. Das schwächt die Kräfte, auf die es eigentlich

CDU
mitten im Leben.

ankommt: die Kräfte der Eigenverantwortung, der Subsidiarität, der freiwilligen Solidarität. Eine moderne, innovative, freiheitliche Gesellschaft kann man mit zentralisierter Bürokratie, mit Kartellen und Kollektiven nicht organisieren. Das ist rückwärtsgewandte Politik.

Die zentralistische Bürokratie und die großen Kollektivsysteme haben ihren Preis, und dieser Preis besteht in einer stetig wachsenden Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben. Kein Wunder, daß von rot-grünen Politikern ständig neue Steuererhöhungsvorschläge ins Spiel gebracht werden: Erhöhung der Mineralölsteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Ehegattensplittings, Beibehaltung des Solidaritätszuschlags möglichst für alle Zeiten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Einführung einer Steuer auf abgebrannte Kernbrennstoffe – die Phantasie kennt keine Grenzen. Die SPD ist und bleibt die deutsche Steuererhöhungspartei.

Eine ständig steigende Steuer- und Abgabenlast entmutigt die Leistungsbereiten, lähmt die wirtschaftliche Dynamik und treibt die Investitionen außer Landes. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist nach nur 100 Tagen Regierung Schröder massiv gefährdet. Das internationale Ansehen Deutschlands ist angekratzt. Die Unzufriedenheit der Menschen mit der rot-grünen Politik wächst. Eine wahrhaft eindrucksvolle Bilanz nach wenigen Monaten.

1360 Tage sind es noch bis zur nächsten Wahl. Wer sagt uns, ob wir nicht schon den besseren Teil der Regierungszeit Schröders gesehen haben?

Schlechte Zwischenbilanz für den Aufbau Ost

Die neue rot-grüne Bundesregierung ist 100 Tage im Amt. Gerhard Schröder hat den Menschen in Deutschland versprochen, daß nicht alles anders aber vieles besser wird. Er hat den Menschen in den neuen Bundesländern versprochen, den Aufbau Ost zur Chefsache zu machen und damit große Erwartungen bei den Menschen geweckt.

Was aber hat die Regierung Schröder in diesen ersten 100 Tagen tatsächlich für den Aufbau Ost getan? Diese Bilanz fällt verheerend aus. Auch unter Berücksichtigung der Anlaufschwierigkeiten einer neuen Bundesregierung fragt man sich angesichts der Konzeptions- und Planlosigkeit der rot-grünen Bundesregierung, was Sozialdemokraten und Grüne in den 16 Jahren Opposition eigentlich gemacht haben. Politische Konzepte sind offenkundig nicht erarbeitet worden. Dies zeigt sich dann in allen politischen Bereichen. Einige wenige Beispiele seien aufgegriffen:

- Die rot-grüne Bundesregierung hat den Infrastrukturausbau in den neuen Ländern im wesentlichen unter Prüfvorbehalt gestellt. Wichtige und notwendige Projekte für den weiteren Infrastrukturausbau in den neuen Ländern bleiben dadurch liegen. Die Unternehmen und ihre Arbeitnehmer in den betroffenen Regionen, die sich auf diese Maßnahmen eingestellt hatten, werden verunsichert und müssen um entsprechende Aufträge fürchten.
- Mit dem Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung, das diesem positiv klingenden Namen leider keinerlei Rechnung trägt, wird die Budgetierung in der Krankenversicherung eingeführt. Dies führt nach den Aussagen der vom Bundestag gehörten Sachverständigen zu einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung. Aufgrund der niedrigeren Budgets in den neuen Bundesländern ist die Situation dort besonders dramatisch.
- Die vor der Wahl versprochene Erhöhung des Wohngeldes findet nicht statt. Vielmehr müssen die Menschen in den neuen Ländern befürchten, daß das Wohngeld in den neuen Ländern gekürzt wird, da die Sonderregelungen für die neuen Länder demnächst auslaufen.

Von Michael Luther, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten

Auch die weiteren politischen Vorhaben der rot-grünen Regierung lassen keine positiven Effekte für die neuen Länder erwarten. So berücksichtigt z. B. die sog. ökologische Steuerreform in keiner Weise die Energiepreisunterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Es werden neue Belastungen angehäuft und nur geringfügige Entlastungen gegeben. Beispielhaft sei auch noch einmal auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalts- und zum Kinderfreibetrag hingewiesen, das rote und grüne Politiker im wesentlichen nur zum Nachdenken über neue Einnahmequellen veranlaßt.

Insgesamt ist klar: Der Aufbau Ost ist für die neue Bundesregierung eindeutig keine vorrangige Angelegenheit, wie die Bezeichnung „Chefsache" suggeriert. ■

Zum Regierungsentwurf zur erleichterten Einbürgerung

Beckstein und Rüttgers: Rot-Grün täuscht Öffentlichkeit

„Bundesinnenminister Schily hat seinen Gesetzesentwurf zur erleichterten Einbürgerung bereits in den wichtigen Punkten der Verfassungstreue, der Folge falscher Angaben bei der Einbürgerung und der Deutschkenntnisse mündlich präzisiert …

… Damit signalisierte er wenigstens Bereitschaft zum Einlenken auf wesentliche Bedenken. Bundeskanzler Schröder hat dagegen gerade betont, daß er am Gesetzentwurf ohne Korrekturen festhalten will. Damit ist klar: Niemand sollte sich vom Eindruck täuschen lassen, daß der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit künftig wirklich von der Beherrschung der deutschen Sprache und der Verfassungstreue abhängt. Die neue Darstellung der Bundesregierung, die doppelte Staatsbürgerschaft sei nicht Hauptziel, sondern bloß hingenommene Nebenfolge des Gesetzentwurfs, ist angesichts der Bereitschaft zu millionenfacher Hinnahme von 2 Pässen ebenfalls irreführend. Die Bevölkerung soll nur vordergründig beruhigt werden. Rot-Grün setzt zudem in dieser wichtigen Frage auf zweifelhafte, steuerfinanzierte Werbung und scheut offene Information", kritisierten Bayerns Innenminister Günther Beckstein und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags Jürgen Rüttgers am 4. Februar das Festhalten der Bundesregierung am Entwurf. Rüttgers und Beckstein fassen ihre Kritik in 7 Punkten zusammen:

I. Keine generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit

„Die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit fördert nicht die Integration, sondern führt zu einem beliebigen Nebeneinander in einer multikulturellen Gesellschaft mit starken nationalen Minderheiten, Loyalitätskonflikten und massiver Rechtsunsicherheit. Die neue Behauptung der Bundesregierung, die Mehrstaatigkeit sei nicht gezielt gewollt, ist ein Spiel mit falschen Karten. Angesichts von erwarteten etwa 3 Millionen zusätzlichen Doppelstaatlern ist doch die politische Absicht der massenhaften Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft als Normalfall klar", unterstreicht Beckstein seine Bedenken. Besonders problematisch erscheint ihm das doppelte Wahlrecht bei nationalen Wahlen: „Hunderttausende Doppelstaatler desselben Herkunftsstaats bestimmen damit Politik in zwei Staaten mit und können Ziel von Beeinflussung gerade aus ihrem Herkunftsstaat werden."

Nach Redaktionsschluß:

Der Innenminister hat am 10. Februar zu erkennen gegeben, daß er die Pläne der Bundesregierung zur erleichterten Einbürgerung noch einmal überarbeiten wolle.

Außerdem verschaffen die oft mit 2 Pässen verbundene weitergehende Visumsfreiheit sowie die Möglichkeiten zu Grunderwerb, Niederlassungsfreiheit oder unbeschränkter Gewerbeausübung auch in einem ausländischen Staat gravierende Wettbewerbsvorteile. Rot-Grün täuscht die Öffentlichkeit schließlich darüber hinweg, daß 27 der 45 europäischen Staaten von Einbürgerungswilligen die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit verlangen.

Diese generelle Hinnahme von zwei Pässen kann auch nicht damit gerechtfertigt werden, daß es bis jetzt schon in Deutschland Ausnahmen für Kinder aus gemischtnationalen Ehen oder für Aussiedler und Vertriebene sowie für Ausländer gibt, deren Herkunftsstaaten die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit generell oder im Einzelfall unzumutbar erschweren. Die von Rot-Grün aufgestellte Behauptung, rund 2 Millionen Deutsche hätten bereits einen zweiten Paß, ist zudem ebenfalls irreführend: „Das Statistische Bundesamt hat beim Mikrozensus für 1997 rund 544.000 deutsche Staatsangehörige mit einer weiteren Staatsangehörigkeit ermittelt. Die Bundesregierung hat darüber hinaus keine weiteren Zahlen, wie sie im Deutschen Bundestag am 27. Januar einräumen mußte. Auch wenn die Hochrechnung aus dem Mikrozensus zu knapp gegriffen sein sollte, läßt sich die 2 Millionen-Zahl nicht belegen."

II. Statt Territorialitätsprinzip besser Einbürgerungszusicherung für Ausländerkinder

„Hier geborenen und aufgewachsenen Kindern ausländischer Eltern wollen auch wir die Integration erleichtern", unterstreichen Rüttgers und Beckstein. Mit der im Entwurf enthaltenen Einführung des Territorialprinzips, also des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Lande, würden aber die Rechte ausländischer Eltern mißachtet, das freie Niederlassungsrecht der EU-Angehörigen nicht respektiert und angesichts starker Rückwanderung für die Zukunft ein nicht abschätzbares großes Zuwanderungspotential von ins Ausland Zurückgekehrten geschaffen. Beckstein und Rüttgers treten deswegen dafür ein, daß in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt eine Einbürgerungszusicherung erhalten: „Sie werden dann deutsche Staatsangehörige, wenn sie ihre ausländische Staatsangehörigkeit verlieren. Das gibt den Kindern die Rechtssicherheit, ermöglicht ihnen und ihren Eltern eine freie Entscheidung und entspricht den Vorgaben des Artikel 16 Grundgesetz."

III. Integrationsfeindlicher Verzicht auf Schulbesuch in Deutschland

Nach geltendem Recht ist Voraussetzung für den Einbürgerungsanspruch für junge Ausländer der sechsjährige Besuch einer Schule im Bundesgebiet. Im Gesetzesentwurf wird auf diese Einbürgerungsvoraussetzung verzichtet. Vielmehr wird unterstellt, daß ausländische Kinder nach fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland integriert sind. Damit wird der auffällige Trend, daß hier geborene Kinder in der Heimat der Eltern zur Schule geschickt werden, geradezu unterstützt. Sie lernen dort aber nicht Deutsch, kommen als im Ausland geprägte Jugendliche zurück und haben damit schlechtere Integrations- und Berufschancen – sind dann aber zugleich Deutsche.

IV. Augenwischerei bei den Einbürgerungsvoraussetzungen

Die Vorschriften des Gesetzentwurfs, die sich mit Sprachkenntnissen und Verfassungstreue befassen, erweisen sich bei genauer Betrachtung als reine Alibi-Bestimmungen. Beherrschen der deutschen Sprache wird nicht vorausgesetzt, schon gar nicht überprüft. Dabei ist die Sprache das wichtigste Integrationsmittel. Im Schily-Entwurf heißt es nur, daß ein Anspruch auf Einbürgerung dann nicht besteht, wenn „eine Verständigung mit dem Einbürgerungsbewerber in deutscher Sprache nicht möglich ist". Offenkundig soll für die Einbürgerung weniger verlangt werden als für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis; diese setzt nach geltendem Recht voraus, daß sich der Auslän-

der „auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen“ kann. „Es darf nicht soweit kommen, daß für die Einbürgerung der Satz „Ich will den deutschen Paß“ ausreicht. Auf Sprachtests, die das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift überprüfbar machen, darf nicht verzichtet werden“, fordern Rüttgers und Beckstein.

Das vorgesehene schriftliche Bekenntnis zur Verfassungsordnung reicht als bloße Loyalitätserklärung nicht aus, meint Rüttgers: „Ein Stück Papier ist schnell unterschrieben. Wenn keine Abfrage bei den Sicherheitsbehörden vorgesehen ist, bleibt das ein bloßes Lippenbekenntnis. Verfassungsfeinde können so nicht ferngehalten werden.“

Die Schröder-Regierung versucht außerdem den Eindruck zu vermitteln, daß eigener Lebensunterhalt Voraussetzung für die Einbürgerung ist. Doch auch dies ist Augenwischerei. Es ist zwar richtig, daß einen Anspruch auf Einbürgerung nur der hat, der seinen Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten kann. Im weiten Bereich der Kann-Einbürgerung wird auf diese Voraussetzung jedoch – jedenfalls der Sache nach – verzichtet.

V. Flickschusterei statt Gesamtreform

Unstreitig ist, daß das unübersichtliche deutsche Staatsangehörigkeitsrecht einer Gesamtreform unterzogen werden muß. Aus vordergründigen tagespolitischen Erwägungen legt die Schröder-Regierung jetzt jedoch nur eine Teilreform vor. Es bleibt bei der Aufsplitterung des Staatsangehörigkeitsrechts in mehrere Einzelgesetze. Die Zersplitterung wird sogar noch weitergetrieben, etwa durch Einfügung von staatsangehörigkeitsrechtlichen Regelungen in das Personenstandsrecht. Es entsteht ein unabgestimmtes, in sich widersprüchliches und kaum vollziehbares Regelungskonglomerat. Vorgelegt wird ein unausgegorenes Flickwerk. So fehlen Verfahrensregelungen, die Auskunft darüber geben, wie die mit Staatsangehörigkeitsfragen befaßten Behörden an die dafür erforderlichen Daten bzw. Informationen gelangen können.

Auffällig sind vor allem auch die Wertungswidersprüche zum Ausländerrecht. Für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sollten eigentlich strengere Voraussetzungen gelten als für die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung. Doch das Gegenteil ist der Fall. So kann man etwa schon nach 5jährigem Inlandsaufenthalt eingebürgert werden; eine Aufenthaltsberechtigung erhält man demgegenüber in der Regel erst nach 8jährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis. Man kann künftig leichter die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten als eine Aufenthaltsberechtigung.

VI. Wo bleibt die Gesetzesfolgenabschätzung?

Die rot-grüne Koalition will den Entwurf bis zur Sommerpause durchziehen, ohne die Länder, die für dessen Vollzug zuständig sind und die Auswirkungen mit ihren Kommunen zu tragen haben, umfassend zu beteiligen. Über die Gesetzesfolgen und Auswirkungen gibt die Bundesregierung bisher keine umfassende Auskunft – vielmehr täuscht sie die Bevölkerung mit werbenden Anzeigen. So betonte Bundesinnenminister Schily, er halte eine weitere Zuwanderung für unerträglich. Tatsächlich führt aber der doppelte Paß und die erleichterte Einbürgerung zu einem deutlichen zusätzlichen Familiennachzug zu den selbst von Koalitionskreisen geschätzten rund 2 bis 3 Millionen neu Eingebürgerten. Die Zahl der Nachziehenden wird vom Deutschen Städte- und Gemeindebund auf bis zu 600.000 Personen ge-

Gericht stoppt geplante Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium in NRW

Die vom Düsseldorfer Ministerpräsidenten Wolfgang Clement mit viel persönlichem Engagement gegen den empörten Widerstand von Richtern und Juristen durchgesetzte, bundesweit einmalige Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium muß rückgängig gemacht werden. Oppositionsführer Helut Linssen: „Nach Hessen ist dies schon der zweite schöne Tag in dieser Woche."

Der Präsident des Münsteraner Verfassungsgerichtshofs, Michael Bertrams in seiner Urteilsbegründung: „Ein eigenständiges Justizministerium ist Ausdruck einer gewachsenen Tradition, die ihren unmittelbaren Niederschlag auch im Grundgesetz gefunden hat." Immerhin gehe es um die Unabhängigkeit der Justiz als dritter Gewalt.

Deshalb gehe es auch nicht an, daß Clement praktisch mit einem Federstrich eine Verschmelzung von Justiz- und Innenressort anordne. Ein solcher Schritt könne nur vom Parlament als dem Gesetzgeber verantwortet werden, entschieden die Richter.

„Ich halte eine Fusion der Ministerien nach wie vor für richtig", betonte Clement. Er kündigte an, an der Spitze beider Häuser werde weiter der jetzige Superminister Fritz Behrens stehen, als Innenminister und kommissarischer Kopf des Justizressorts. 15 Monate vor der Landtagswahl mache es einfach keinen Sinn mehr, einen neuen Justizminister zu berufen, argumentierte Clement.

Helmut Linssen: „Eine derartige kosmetische Lösung wird durch das Urteil nicht gedeckt."

Rheinische Post: Ohrfeige für den Macher

Express: Schlappe

WAZ: Denkzettel

schätzt; die zusätzlichen Belastungen für Kommunen auf ungefähr 3 Milliarden Mark. Völlig im unklaren ist sich die Koalition bisher zudem offenbar darüber, daß die weiter anhaltende Rückwanderung selbst langjährig hier ansässiger Ausländer in ihre alte Heimat über die Jahre für Hunderttausende dann im Ausland ansässiger Deutscher eine Rückkehrberechtigung nach Deutschland bedeutet. Die Zahl dieser Rückkehrberechtigten wird durch die Weitergabe der Staatsangehörigkeit an deren Nachkommen sogar ständig anwachsen.

VII. Flankierende Maßnahmen zur Integration fehlen

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Rüttgers: „Das geht nicht nur durch bloße Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Hierzu bedarf es intensiver und koordinierter Integrationsbemühungen des Bundes, der Länder und der Kommunen. Vor der Schröder-Regierung hört man dazu nichts". ■

Wolfgang Schäuble:

Oppositionsauftrag gut erfüllt

Nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition muß sich 100 Tage nach der Wahl einer Zwischenbilanz stellen. Es liegt dabei auf der Hand, daß der 27. September für die Union eine Zäsur bedeutet, wie man sie sich einschneidender kaum ausmalen kann: Nach 16 Jahren Abschied nehmen zu müssen von der Regierungsverantwortung und nach 25 Jahren von einem großen Parteivorsitzenden, das ist auch für eine starke Volkspartei keine leichte Prüfung.

Aber ohne die Dinge nun schönen zu wollen, finde ich doch, daß wir sie bisher recht gut bestanden haben. Was ist der CDU nicht alles prophezeit worden, wenn sie mal nicht mehr regiert und Helmut Kohl nicht mehr Parteivorsitzender ist. Sie werde in ein tiefes Loch fallen, so konnte man hören und lesen, die Führungsspitze werde sich zerfleischen, und das Ende der Volkspartei CDU war für manche schon zwangsläufig vorgezeichnet.

Nichts von alledem ist passiert. Im Gegenteil: Auf dem Parteitag am 7. November haben wir in großer Geschlossenheit eine neue Führung gewählt, die eine gute Mischung aus neuen und bewährten Kräften darstellt. Wir haben ohne Zögern akzeptiert, daß wir für die nächsten vier Jahre nur Opposition sein können. Das bewahrte uns davor, mit der Wahlniederlage allzu sehr zu hadern, so daß wir uns ganz auf die zentrale Aufgabe konzentrieren können, die Voraussetzungen für einen Wahlsieg 2002 zu schaffen. Und das Bemerkenswerte ist: Die Union ist seit der Bundestagswahl in der Demoskopie nicht nur nicht weiter abgesackt, sondern hat – was völlig ungewöhnlich ist nach einer solchen Zäsur – wieder deutlich angezogen und liegt heute in manchen Umfragen bereits wieder gleichauf mit der SPD. Das zeigt jedenfalls, daß wir als Opposition nicht alles falsch gemacht haben können.

Nun liest und hört man dennoch hier und da, die Union habe nach der schweren Wahlniederlage immer noch nicht Tritt gefaßt. Sie blase nicht zum Angriff auf Rot-Grün, und manche vermissen Führung und Geschlossenheit. Ich glaube, daß solche Urteile ein wenig ungerecht sind. Natürlich greifen wir die Politik der Regierung Schröder an, weil wir sie für falsch halten, natürlich werden wir immer wieder unsere Alternativen dagegen stellen. Aber in den ersten 100 Tagen wollten die Menschen von der Opposition nicht jeden Tag hören, daß sie am 27. September einen grandiosen Fehler gemacht haben. Inzwischen aber mehren sich die Zweifel, schneller, als auch die größten Skeptiker erwartet hätten. Die Regierung Schröder produziert so viel Murks, daß die Opposition gut beraten ist, sie dabei nicht zu stören.

Wir sind kampagnefähig

Im übrigen beweisen wir mit unserer Aktion „Ja zu Integration – Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft", daß wir bei einem Thema, das den Menschen auf den Nägeln brennt, kampagnefähig sind und die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Wir zeigen mit der Kandidatur von Frau Professor Schipanski für das Amt des Bundespräsidenten, daß CDU und CSU nicht nach dem parteitaktischen Schema verfahren, wer muß belohnt oder versorgt werden. Unsere Entscheidung für die parteiunabhängige Wissenschaftlerin und interessante Frau ist vielmehr ein Nachweis dafür, daß wir offen und zukunftsorientiert

Ehegattensplitting beibehalten

Zur erneuten Diskussion um das Ehegattensplitting erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Abschaffung des Ehegattensplittings ab, denn sie widerspricht dem durch Art. 6 GG geschützten Wesen der Ehe. Streichung oder Kappung des Splittings treffen Familien mit Kindern. Betroffen wären vor allem die Familien, in denen ein Elternteil wegen der Kindererziehung die Berufstätigkeit einschränkt oder auf sie verzichtet. Eine solche Maßnahme ist verfassungswidrig und diskriminiert die familiäre Erziehungsarbeit.

Das Ehegattensplitting basiert nach den Worten des Bundesverfassungsgerichts auf der Vorstellung, daß zusammenlebende Eheleute eine Gemeinschaft des Erwerbs und Verbrauchs bilden, in der jeder an den Einnahmen und Lasten des anderen wirtschaftlich zur Hälfte teilhat.

Die Abschaffung des Splittings würde vor allem alleinverdienende Eheleute und nicht oder nur teilweise erwerbstätige Ehepartner benachteiligen. Meist sind dies Frauen. Eine Abschaffung des Splittings hätte zur Folge, daß der allein oder überwiegend alleinverdienende Ehepartner zwangsweise höher besteuert wird und sich dadurch das Gesamtfamilieneinkommen verringert. Die Wahlfreiheit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit würde damit entscheidend eingeschränkt, die finanziellen Belastungen von Familien stark ansteigen.

Bei der steuerlichen Zusammenveranlagung werden die Einkünfte beiden Eheleuten gemeinsam zugerechnet. Damit wird die Gleichwertigkeit der Tätigkeiten beider Partner zum Ausdruck gebracht, unabhängig davon, ob es sich um unbezahlte Hausarbeit, Erziehungsarbeit oder Erwerbstätigkeit handelt.

Das Splittingverfahren ist eine am Schutzgebot des Art. 6 Grundgesetz orientierte Besteuerung. Es verhindert die Benachteiligung sowohl der Ehen, in denen beide Partner erwerbstätig sind, als auch der Einverdiener-Ehe.

denken und handeln. Nur wir sind gewillt und in der Lage, die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und das Zusammenwachsen von Ost und West auch in der Auswahl einer glaubwürdigen und kompetenten Kandidatin für das höchste Amt in unserem Staat zur entscheidenden Priorität zu machen.

Natürlich kann man auch als Opposition dazulernen und manches noch besser machen. So ist es unserer neuen Rolle sicherlich zuträglicher, wenn nach offener und breiter Diskussion und nach gemeinsamer Entscheidung alle an einem Strang ziehen und die Gelegenheit zur öffentlich wirksamen Selbstdarstellung über die Kritik am politischen Gegner statt an der eigenen Mannschaft gesucht wird. Aber auch hier scheint mir die große Volkspartei, die unsere Union mit ihrer ganzen Bandbreite von vielfältigen Meinungen nun einmal ist, auf einem guten Weg zu sein. Angesichts unserer ungebrochenen Motivation und angesichts unserer besseren Konzepte läßt sich nach 100 Tagen bilanzieren: schwere Prüfung gut bestanden. ■

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten

Zum informellen Treffen der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union auf dem Petersberg am 4. Februar erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Die Arbeitslosigkeit ist das drängendste wirtschafts- und sozialpolitische Problem in Europa. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt alle aussichtsreichen Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu senken und neue Beschäftigung zu schaffen. Ein Austausch von Ideen auf europäischer Ebene kann sinnvoll sein, weil er möglicherweise neue Perspektiven für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Politiken der Mitgliedstaaten aufzeigt.

Es ist ein Irrglaube, daß die Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen auf europäischer Ebene wirksam bekämpft werden kann. Arbeitslosigkeit hat tiefliegende strukturelle Ursachen, die regional sehr unterschiedlich sind. Ihnen muß mit dezentralen Maßnahmen der Arbeitsämter vor Ort in enger Kooperation mit der Wirtschaft und den Kammern begegnet werden. Es macht keinen Sinn, der Europabürokratie in Brüssel hier neue direkte Aufgaben zuzuweisen.

Zu befürchten ist, daß die Bundesregierung in Europa eine neue Ausrede für das arbeitsmarktpolitische Versagen in der nationalen Politik sucht. Die von Rot-Grün eingeleiteten und angekündigten Maßnahmen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik sind überwiegend beschäftigungsfeindlich: Die Rücknahme der Sozialreformen treibt die Arbeitskosten in die Höhe, die Steuerreform belastet vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die sogenannte Ökosteuer greift den Bürgern und Betrieben tief in die Tasche, die explodierende Neuverschuldung gefährdet die Handlungsfähigkeit des Staates und die Stabilität des Geldes. Entsprechend wurden die Wachstumserwartungen für Deutschland nach unten korrigiert. Der positive Trend am Arbeitsmarkt und bei den Arbeitsplätzen verkehrt sich ins Negative. Rot-Grün muß dies als erste mahnende Zeichen erkennen und ernst nehmen. ■

100 Tage Schröder – Arbeitslosigkeit um fast eine halbe Million gestiegen

Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die ziellose Politik der Regierung Schröder hat nach 100 Tagen auch auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen. Die Entwicklung ist verheerend. Seit dem Regierungswechsel ist die Zahl der Arbeitslosen um fast eine halbe Million gestiegen. Die Schröder-Uhr zeigt inzwischen ein Plus von 490.000 Arbeitslosen an. Die größte Ungerechtigkeit, die Arbeitslosigkeit, wird nicht tatsächlich bekämpft. Das ist nicht das Ergebnis einer Reihe von handwerklichen Fehlern. Es ist nicht das Ergebnis einer Politik, die zu schnell zu viel wollte. Es ist das Ergebnis einer Politik ohne Konzept.

Erheblicher Anlaß zur Sorge am Arbeitsmarkt

Zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, Matthias Wissmann:

Die erneute Zunahme der Arbeitslosigkeit um rund 260.000 Personen gegenüber dem Vormonat ist in hohem Maße durch die Witterungseinflüsse geprägt. Da der November und der Dezember bereits sehr kalt waren, fiel der Anstieg im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat um 100.000 Personen geringer aus.

Trotz einiger erfreulicher Tendenzen bei den beschäftigungschaffenden Maßnahmen, die um über 200.000 höher lagen als im Vorjahr, besteht erheblicher Anlaß zur Sorge am Arbeitsmarkt. Bereits seit Herbst vergangenen Jahres spürt die deutsche Wirtschaft die Folgen der nachlassenden internationalen Wirtschaftsentwicklung. Besonders die dämpfenden Effekte der verschiedenen Krisenregionen haben Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland.

Die Steigerung des Brutttoinlandsprodukts im Vorjahr um 2,8 % war eine der stärksten Steigerungen, die wir seit der Wiedervereinigung zu verzeichnen hatten. Dies führte 1998 zu einer Wende am Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsabbau und die Arbeitslosigkeit gingen spürbar zurück. Angesichts der hausgemachten Fehler der Regierung Schröder in der Wirtschafts- und Steuerpolitik steht zu befürchten, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung 1999 nicht fortsetzt und somit voll auf den Arbeitsmarkt durchschlägt.

Kurskorrektur unumgänglich

Die Regierung Schröder ist daher gefordert, das Ruder herumzureißen und eine Kurskorrektur in ihrer Wirtschafts- und Steuerpolitik durchzuführen, um weitere negative Entwicklungen vom Arbeitsmarkt abzuwenden.

Die CDU bleibt die deutsche Europapartei

Wolfgang Schäuble hat vor dem EVP-Kongreß in Brüssel vom 4. bis 6. Februar versichert: Die CDU bleibt die deutsche Europapartei. Die CDU konnte mit der Europapolitik von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl viel für Deutschland erreichen.

Der wiedergewählte EVP-Vorsitzende und frühere belgische Ministerpräsident Wilfried Martens dankte Wolfgang Schäuble für sein europapolitisches Bekenntnis, das eine große Ermutigung für alle EVP-Mitgliedsparteien darstelle.

Bei den Wahlen zum Präsidium wurde der deutsche stellvertretende Vorsitzende Ottfried Hennig (CDU) bestätigt. Klaus Welle (CDU) kandidierte nicht wieder als Generalsekretär der Partei, da er neuer Generalsekretär der Fraktion wurde. Der EVP-Kongreß beschloß die Integration der EUCD in die EVP. Damit wurde die EVP eine gesamteuropäische Partei, in der christdemokratische, liberale und konservative Parteien aus ganz Europa gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Europawahl 1999

Der Termin der Europawahl am 13. Juni rückt näher. Die Abteilung Parteiorganisation hat daher in Zusammenarbeit mit dem Justitiar einen Terminkalender aufgestellt und Antworten auf die häufigsten Fragen zusammengestellt. Der Bundesjustitiar (Herr Peter Scheib, Tel. 0228/544-547) und die Abteilung Parteiorganisation (Herr Ulf Leisner, Tel.: 0228/544-343 und Herr Jürgen Zander Tel.: 0228/544-317) stehen zur Klärung weiterer Fragen zur Verfügung.

Terminkalender

Donnerstag, 8. April, 18:00 Uhr: Letzter Tag für die Einreichung der Wahlvorschläge (Listen für einzelne Länder) einschließlich aller gesetzlichen geforderten Anlagen einer Landesliste beim Landeswahlleiter (§ 11 Abs. 1,2 EuWG).

Die Unterlagen müssen im Original vorliegen, eine Übermittlung auf elektronischem Weg oder mit Fax ist nicht ausreichend.

Freitag, 16. April: Landeswahlausschuß entscheidet über die Zulassung der Listen für das betreffende Land und stellt die zugelassenen Wahlvorschläge mit der maßgebenden Bewerberreihenfolge fest (§ 14 Abs. 1 EuWG).

Der Landeswahlleiter gibt die Entscheidung des Landeswahlausschusses in der Sitzung im Anschluß an die Beschlußfassung unter kurzer Angabe der Gründe bekannt und weist auf das zulässige Rechtsmittel hin.

Montag, 19. April: Letzter Tag für die Einlegung einer Beschwerde an den Bundeswahlausschuß gegen die Entscheidung des Landeswahlausschusses (§ 14 Abs. 1 EuWG).

Donnerstag, 22. April: Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über eingelegte Beschwerden (§ 14 Abs. 4 EuWG).

Montag, 26. April: Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung über

- die zugelassenen Wahlvorschläge (Listen für die einzelnen Länder und gemeinsame Listen für alle Länder, § 14 Abs. 5 EuWG);
- die Reihenfolge der Wahlvorschläge im Land (§ 37 Abs. 2 EuWO).

Bis zwei Monate nach dem Wahltag: Einspruchsfrist; Überprüfung der Wahl durch den Landeswahlleiter und den Bundeswahlleiter, (§ 74 Abs. 1 EuWO).

Abkürzungen:

BWG	=	Bundeswahlgesetz
EuWG	=	Europawahlgesetz
EuWO	=	Europawahlordnung

Wer ist wahlberechtigt?

Deutsche

Wahlberechtigt zur Europawahl sind alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, die am Wahltage

- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
- die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (§ 6 Abs.1 EuWG).

Deutsche, die in einem Land außerhalb der Europäischen Union leben, sind unter folgenden Voraussetzungen wahlberechtigt, wenn sie:

- als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes (Sammelantrag über die oberste Dienstbehörde),
- in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben, Einzelanträge können bei den jeweiligen konsularischen Vertretungen angefordert werden,
- in anderen Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und seit dem Fortzug nicht mehr als zehn Jahre verstrichen sind. Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes – Einzelanträge können bei den jeweiligen konsularischen Vertretungen angefordert werden (§ 6 Abs. 2 EuWG,§ 12 Abs. 2, Ziffer 1 - 3 BWG).

EU-Ausländer

Wahlberechtigt sind auch alle Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger), die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und die am Wahltage

- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in den übrigen Mitgliedsstaaten der Union eine Wohnung inne haben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Das Wahlrecht darf nur einmal und nur persönlich ausgeübt werden (§ 6 Abs. 3 + 4 EuWG).

Fragen zum Wählerverzeichnis

Um wählen zu können, muß man neben den oben ausgeführten Voraussetzungen in das Wählerverzeichnis eingetragen sein oder einen Wahlschein haben (§ 14 Abs. 1 BWG).

Wann erfolgt die Auslegung des Wählerverzeichnisses?

Die Gemeindebehörde legt vor jeder Wahl für jeden allgemeinen Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten an (§ 14 Abs. 1 EuWO). Die Gemeindebehörde macht spätestens am 24. Tage vor der Wahl (Donnerstag, 20. Mai) das Wählerverzeichnis öffentlich bekannt (§ 19 Abs. 1 EuWO).

Wer wird in das Wählerverzeichnis eingetragen?

Von amtswegen sind in das Wählerverzeichnis alle wahlberechtigten Deutschen einzutragen, die am 35. Tage vor der Wahl (Stichtag: Sonntag, 9. Mai) bei der Meldebehörde gemeldet sind (§ 15 Abs. 1 EuWO).

EU-Ausländer, die in Deutschland wählen wollen, sind auf Antrag in das Wählerverzeichnis einzutragen. Sie müssen einen Antrag auf Eintragung schriftlich bis spätestens zum 34. Tage vor der Wahl bis 16:00 Uhr (Montag, 10. Mai) bei der zu-

ständigen Gemeindebehörde stellen (§ 17 a Abs. 1 und 2 EuWO).

Wann erhalten die Bürger die Wahlbenachrichtigung?

Spätestens am Tage vor der Auslegung des Wählerverzeichnisses (also spätestens am 25. Tag vor der Wahl, Mittwoch 19. Mai) benachrichtigt die Gemeindebehörde den Wahlberechtigten, der in das Wählerverzeichnis eingetragen ist (§ 18 Abs. 1 EuWO).

Ist Einspruch gegen das Wählerverzeichnis möglich?

Wenn jemand nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann er innerhalb der Auslegungsfrist bei der für ihn zuständigen Gemeindebehörde Einspruch einlegen (§ 21 EuWO).

Wann ist das Wählerverzeichnis abgeschlossen?

Das Wählerverzeichnis ist spätestens am Tage vor der Wahl, jedoch nicht früher als am 3. Tage vor der Wahl (Donnerstag, 10. Juni) durch die Gemeindebehörde abzuschließen (§ 23 Abs. 1 EuWO).

Wann kann per Briefwahl gewählt werden?

Voraussetzung ist der Besitz eines Wahlscheines (§ 24 EuWO).

Ein Wahlschein wird u.a. erteilt, wenn der Wahlberechtigte der Gemeindebehörde schriftlich oder mündlich glaubhaft macht,

- daß er sich am Wahltage während der Wahlzeit aus wichtigem Grunde außerhalb seines Wahlbezirkes aufhält (§ 24 Abs. 1 Ziffer 1 EuWO),
- daß er aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustandes wegen den Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann (§ 24 Abs. 1, Ziffern 1-3 EuWO).

Bis wann können Wahlscheine beantragt werden?

Die Erteilung eines Wahlscheines kann schriftlich oder mündlich bei der Gemeindebehörde beantragt werden.

Wahlscheine können bis zum 2. Tage vor der Wahl bis 18:00 Uhr (Freitag, 11. Juni) beantragt werden. In Ausnahmefällen z.B. bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung noch bis zum Wahltag 15:00 Uhr (§ 26 EuWO).

Bis wann muß der Wahlbrief eingegangen sein?

Der Wahlbrief muß spätestens bis zum Wahltag, 18:00 Uhr, bei den zuständigen Stellen eingegangen sein. Die rechtzeitige Aufgabe zur Post genügt nicht (§ 36 Abs. 1 BWG).

Unsere Elektronischen Adressen:

- **INTERNET:** http://www.cdu.de
- **T-ONLINE:** *CDU#
- **X 400:** c= de; a = dbp; p = cdu; s = bund
- **E-MAIL:** post@ www.cdu.de

Dreiteiliges Seminar im Ostseebad Damp

Der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein geht voran bei der Fortbildung von Mandats- und Funktionsträgern. Er bietet für Mandats- und Funktionsträger aus den Orts-, Amts- und Bezirksverbänden sowie für Mitglieder der Kreisvorstände und andere Interessierte ein dreiteiliges Seminar „Parteiarbeit vor Ort" an.

Das erste Seminar findet vom 27. bis 28. März im Ostseebad Damp statt. Die wichtigsten Themen sind:

- Kreisgeschäftsstelle als Dienstleistungszentrum
- Zusammenwirken von Partei und Fraktion
- moderne Wahlkampfformen
- Mitgliederwerbung
- Bürgermeisterdirektwahl
- Pressearbeit vor Ort
- Anzeigen/Ortsverbandszeitungen
- parteiinterne und -externe Kommunikation.

Diese Seminare sind eine hervorragende Ergänzung der Weiterbildungsprogramme der Bundespartei. Gerade die Durchführung vor Ort erleichtert manchen Mandats- und Funktionsträgern die Teilnahme. Die Seminare können anderen Landesverbänden nur zur Nachahmung empfohlen werden.

Nähere Einzelheiten erfahren Sie bei:

Sönke Lintzen
CDU-Landesverband
Schleswig-Holstein
Tel.: 0431/66099-81

Lehrerverband moniert Bildungsgefälle an deutschen Schulen

Bildungsnotstand an deutschen Schulen ist nach den Worten eines führenden Lehrerfunktionärs eine altbekannte Tatsache, die jedoch jahrzehntelang verdrängt wurde.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, sagte im DeutschlandRadio Berlin: In der deutschen Schulpolitik habe man „20, 30 Jahre Angst vor der Wahrheit gehabt". Obwohl die Lehrpläne bundesweit geregelt seien, herrsche zwischen Schulen in Deutschland oft ein Leistungsgefälle von bis zu zwei Schuljahren.

„Eine Studie hat erbracht, daß beispielsweise ein baden-württembergischer Abiturient in Mathematik gegenüber einem nordrhein-westfälischen Abiturienten einen Vorsprung von etwa zwei Schuljahren hat", berichtete Kraus. Daraus ergebe sich eine „zweifache Gerechtigkeitslücke". Zum einen müsse der Schüler in Baden-Württemberg für die gleiche Note „einen höheren Preis zahlen", zum anderen sei der Schüler in NRW schlechter auf das Kommende vorbereitet.

„Was wir an Datenlage haben, ist nicht erschöpfend", erklärte Kraus. „Um das, was zum Beispiel die Briten und die Amerikaner machen, nämlich ständig testen und messen, was an Output rauskommt, macht man bei uns einen großen Bogen."

Materialien der Frauen-Union

Unsere Leistungen und Perspektiven für Familien

Dieses Faltblatt informiert über die Leistungen der Frauen-Union im Zeitraum 1982-1998 sowie über die Perspektiven und Ziele der Zukunft. Daran können Sie die Leistungen anderer messen.

Bestell-Nr.: **2466**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,– DM

Unsere Leistungen für Frauen

Bestell-Nr.: **2467**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,– DM

Wege der Frauen in die Informationsgesellschaft

Beschluß des 22. Bundesdelegiertentags der Frauen-Union

Bestell-Nr.: **5500**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 23,10 DM

Lernen Sie uns kennen

Die Vorstellungsbroschüre der Frauen-Union sollte bei keinem Informationsgespräch fehlen.

Bestell-Nr.: **5277**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,– DM

Frauenrente

Dieses Faltblatt beantwortet Ihre Fragen zu den Neuregelungen 1999 und nennt Ihnen Ansprechpartner vor Ort.

Bestell-Nr.: **2339**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,– DM

Beitrittserklärung der Frauen-Union

Bestell-Nr.: **6425**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis: kostenlos

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Fax: 02524 / 911310
E-Mail:
georg.simon@bertelsmann.de

(Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,– DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von DM 5,– erhoben.)

Leistungen für Frauen
Nr. 2467

Leistungen für Familien
Nr. 2466

Lernen Sie uns kennen
Nr. 5277

Informationsgesellschaft
Nr. 5500

Frauenrente
Nr. 2339

Beitrittserklärung
Nr. 6425

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Zedernholz – der umweltfreundliche Mottenschutz

Befestigen Sie diese kleinen Holzfiguren einfach in Ihrem Kleiderschrank, und die Wäsche ist auf ökologische Weise vor Motten geschützt. Jedes Set besteht aus einem Baumwollsäckchen mit jeweils 10 Expl.

Bestell-Nr.: **9186**
Verpackungseinheit: 1 Set
Preis je Set: 14,90 DM

UiD
5/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,– DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.